

Antrag 2

der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen
zur 161. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg
am 19. Mai 2009

Vermögen besteuern, Arbeit entlasten!

Das österreichische Steuersystem ist von einer extremen Schieflage gekennzeichnet. Arbeit wird hoch, Vermögen niedrig besteuert. Während ein Großteil des Steueraufkommens in Österreich auf die Lohn- und Mehrwertssteuer entfällt, betragen die Einnahmen des Staates aus vermögensbezogenen Steuern gemessen am BIP lediglich 0,6% - ein im europäischen Vergleich extrem niedriger Wert. Zum Vergleich: In Großbritannien sind es 4,5%, in Frankreich 3,5% und im OECD-Schnitt 2,1%.

Die steuerliche Bevorzugung von Vermögen führt dazu, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich weiter öffnet. Schon jetzt besitzen 10% der reichsten ÖsterreicherInnen über 50% des gesamten Geldvermögens, während zwei Drittel der Menschen über gar kein Geldvermögen verfügen.

Eine Diskussion in Bezug auf mehr Steuergerechtigkeit ist deshalb dringend notwendig und vor dem Hintergrund eines explodierenden Budgetdefizits, das laut aktuellen Prognosen auf über 6% ansteigen soll, das Gebot der Stunde. Es darf nicht sein, dass die Kosten der Wirtschaftskrise einseitig auf die Beschäftigten abgewälzt werden, während Vermögenden keinerlei Solidarität abverlangt wird. Auch Reiche in Österreich, die in der Vergangenheit von einem schrankenlosen Finanzsystem und einer geringen Vermögenssteuer überdurchschnittlich profitiert haben, müssen ihren Solidaritätsbeitrag leisten.

Die 161. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg fordert die Bundesregierung auf, Maßnahmen in Richtung mehr Steuer- und Verteilungsgerechtigkeit zu setzen, insbesondere durch

- eine grundsätzliche Reform der Abgabenstruktur, die den Faktor Arbeit entlastet und Vermögen stärker belastet
- die Besteuerung von Spekulationsgewinnen

- die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und Vermögenszuwachssteuer
- die höhere Besteuerung von Erträgen aus Stiftungen
- die Einführung einer treffsicheren Vermögenssteuer ab 500.000 Euro. Damit ist sichergestellt, dass SparerInnen und „Häuslebauer“ nicht betroffen sind.